

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Gebr. Jahrenbrack, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Nöken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— 2.

Nummer 42

Düsseldorf, den 18. Oktober 1930

Verbandort Krefeld

## Notprogramm - ?

M. Eines ist sicher: das Ziel, das die Reichsregierung mit ihrem am 30. September veröffentlichten Wirtschafts- und Finanzprogramm verfolgt, ist ohne Zweifel richtig. Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Wiederbelebung der Produktionsstätten und Anschluß an die Weltwirtschaft — das sind Gesichtspunkte, denen wir unbedingt zustimmen können. Gesichtspunkte, die wert sind, daß alle Volksschichten und -schichten gemeinsam mit der Regierung nach ihnen streben, gemeinsam für ihre Verwirklichung Opfer bringen.

Ein zweites ist ebenso unbestritten: Die Regierung brüning geht mit einer erfreulichen Illusionslosigkeit und Energie an ihre Aufgabe. Sie beschönigt und verschleiert in den Darlegungen zu ihrem Programm nichts. Sie macht nicht, wie ihre Vorgänger, um des lieben Friedens im Parlamentsgebäude willen, leichte aber unerfüllte Versprechungen. Sie täuscht nicht über die harten Tatsachen und Notwendigkeiten der Lage hinweg, wie frühere Regierungen es taten.

Endlich aber: ihr Programm hat unzweifelhaft eine klar ersichtliche Linie und innere Geschlossenheit. Es ist ein Programm auf lange Sicht, das unbeeinträchtigt von der jeweiligen politischen Situation oder Konstellation geeignet erscheint, insbesondere unsere Finanzpolitik zu sanieren und zu stabilisieren.

Und dennoch: bei aller Anerkennung seiner grundsätzlich richtigen Zielsetzung und bei aller Würdigung der gegebenen schwierigen Verhältnisse entspricht dieses Programm in den Mitteln und Wegen, die es vorsieht, unseren Erwartungen nicht. Nicht deshalb, weil etwa eine engstirnige Interessenspolitik in der Beurteilung dieses Programms für uns ausschlaggebend wäre. Wir kennen die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu gut, um zu wissen, daß es nicht angeht, daß ein Stand ausgenommen werden kann, wenn gemeinsame Kraftanstrengung und gemeinsame Opfer notwendig sind, die drohende Gefahr des finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs von uns abzuwenden. Die Arbeiterschaft ist die letzte, die nicht Grund hätte, einem Regierungsplan zuzustimmen, der dieses Ziel verfolgt.

Darum aber geht es: um die Heranziehung aller Volksteile zu gemeinsamen Opfern, um die sozial-gerechte und ausgleichende Belastung aller Stände und Schichten. Mit diesem notwendigen sozialen Ausgleich aber stimmen die Vorschläge, die das Notprogramm für die Sanierung der Wirtschaft und der Staatsfinanzen macht, nicht überein. Das Programm der Reichsregierung bringt bezw. kündigt zur Hebung und Stärkung der Produktionsfähigkeit Steuererleichterungen an für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft; schafft steuerliche Erleichterungen für Kapitalbildung und Vermögen — und belastet die Arbeitnehmer und jene Volksschichten, die ohnedies mit ihrem Einkommen an der untersten Existenzgrenze liegen. — Jene Schichten, die durch direkte und indirekte Lohn- und Einkommens Kürzungen (Akordlohnreduzierung, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit usw.) ohnedies schon seit Jahren Opfer bringen, die oft bis zur äußersten möglichen Belastung herangehen.

Die vorgeschlagene Regelung der Arbeitslosenversicherung mit der Erhöhung der Beiträge auf 6 1/2 Prozent und dem Wegfall der Reichszuschüsse stellt eine erneute schwere Belastung der Arbeitnehmerschaft dar. Darüber hinaus aber bedeutet die Umlegung der Erwerbslosenlasten vom Staat auf die Gemeinden eine schwere sozialpolitische Gefahr. Ihre Folge würde eine Überlastung industrieller und risikoreicher Gemeinden und damit die Untergrabung der sozialpolitischen Sicherungen überhaupt sein. Nach wie vor muß gegenüber der Trennung der Reichsanstalt vom Reichshaushalt auf die Pflichten der Allgemeinheit hingewiesen werden, sich an der Mittelaufbringung für die Arbeitslosen zu beteiligen. Die gewaltige Arbeitslosenkrise ist nicht nur eine Angelegenheit der betroffenen Schichten, sondern Sache der Allgemeinheit. Die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe wird parallelisiert durch eine beträchtliche Verminderung der Leistungen und Einführung der Bedürftigkeitsprüfung. Tatsächlich bringt sie den Arbeitslosen nur einen ideellen Gewinn insofern, als sie des Wittanges zum Wohlfahrtsamt um die kaum niedrigere Wohlfahrtsunterstützung entheben sind.

So bringt das Programm nach der sozialen Seite hin Auswirkungen, welche die notwendige gleiche Heranziehung aller Volksschichten und -schichten bei der Aufbringung der Lasten vermissen lassen.

Aber auch nach der wirtschaftlichen Seite hin hält das Regierungsprogramm nicht die Konsequenzen, die sich aus seiner Zielsetzung ergeben. Mit Recht weist das Programm darauf hin, daß der notwendige Anschluß Deutschlands an die Weltwirtschaft „durch die Senkung des Preisniveaus gekennzeichnet“ wird. Die Regierung hat zum Zwecke dieser erforderlichen Senkung der Preise vor wenigen Monaten ein Kartellgesetz geschaffen, das auch die Maßnahmen der Zollrevision zur Erzwingung von Preisfestsetzungen vorsah. Wir vermissen nach diesem hoffnungsvollen und vielversprechenden Beginn einer aktiven Preispolitik der Regierung heute die Ergänzung dieser Maßnahmen, ja überhaupt ein Eingehen darauf. Umjo

mehr, als die Preisentwicklung der wichtigsten deutschen Rohstoffe (Kohle, Eisen usw.) in einem schroffen Mikrokosmos zu dem von der Regierung hervorgehobenen Weltmarktpreisniveau stehen. Wir können — trotz des einseitigen Hinweises auf „die Höhe der von Gehalt, Löhne und Soziallasten bedingten Gesteungskosten“, die neben den Steuern nach der Auffassung der Regierung der notwendigen Preisenkung im Wege stehen —, nicht gut glauben, daß heute die Regierung in der Frage der Preisbildung den Kartellen und Syndikaten eine geringere Bedeutung beimißt als noch vor wenigen Wochen. So stellen wir das Fehlen von Ausführungsbestimmungen und Ergänzungen zur Kartellverordnung als eine bedauerliche Lücke im Notprogramm fest.

Wir bedauern aber auch den bereits zitierten bedenklichen Hinweis auf die Rolle der Gehälter und Löhne bei der Preisenkung. Eine erneute schematische Lohnabbaupropaganda der Arbeitgeber wird, so fürchten wir, seine Folge sein. Die Industriekundgebung zum Notprogramm soll offensichtlich der Auftakt dieser Kampagne sein. Wir brauchen dabei hier die Frage der Konsumbedeutung der Löhne nicht zu erörtern. Es genügt zu betonen, daß nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre die kartellmäßige Gebundenheit der Erzeuger- und Händlerpreise nicht allein die Verminderung der anteilmäßigen Lohnkosten, sondern auch die noch erheblichere Verminderung der Rohstoffpreise zum überwiegenden Teil absorbiert hat. Tatsächlich ist in den letzten Monaten aber auch bereits ein erheblicher Abbauder Löhne und Gehälter durch Kürzung der Akkordsätze, Neuregelung von Tarifvereinbarungen und de facto erfolgten Ermäßigungen eingetreten. Solange aber der notwendige Ausgleich in der Steigerung der realen Kaufkraft durch eine Preisenkung nicht gegeben ist, kann auch eine weitere Reduzierung der Löhne

und Gehälter nicht in Frage kommen. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn auch die Reichsregierung in den Erläuterungen zu ihrem Programm diese Gesichtspunkte klar herausgestellt hätte. Der einseitige Hinweis auf den Lohnanteil dagegen ist, wie die erwähnten Presseäußerungen zeigen, nur geeignet, einer neuen allgemeinen Lohnabbaupropaganda, die keineswegs im Interesse unserer Wirtschaft liegt, Anstoß zu geben und erscheint zudem im Interesse des sozialen Friedens zum mindesten außerordentlich bedenklich.

Bedenklich erscheint uns auch die durch die neuen Finanzmaßnahmen (Entziehung von 400 Millionen M. Hauszinssteuer) erfolgende Beeinträchtigung des Wohnungsbauwesens, die zu den übrigen von der Regierung erstrebten Arbeitsbeschaffungsplänen im Gegensatz steht. Ihrem tatsächlichen Zwecke, der Finanzierung des Wohnungsbauwesens, wird damit die Hauszinssteuer noch mehr entzogen.

Wir vermissen endlich in dem Programm der Regierung bezw. in seinen Erläuterungen einen Hinweis auf die Untragbarkeit der Reparationslasten, die nicht zuletzt die Ursache unserer Wirtschaftsnote sind und deren Beseitigung darum dauernd das Ziel der deutschen Staatspolitik bleiben muß.

So zeigt das Notprogramm der Regierung nach der sozialen wie wirtschaftlichen Seite hin eine Reihe von Mängeln, die sich bei einer Verwirklichung zum Schaden der Allgemeinheit, insbesondere aber zum Nachteil der Arbeitnehmerschaft auswirken müßten. Erst ihre Beseitigung und die Ergänzung der aufgezeigten Lücken des Programms können demselben jene Vollständigkeit und sozialausgleichende Tendenz geben, die notwendig ist, um das Ziel der Reichsregierung — die Überwindung der deutschen Staats- und Wirtschaftskrise — zu erreichen.

## Soziale Gerechtigkeit!

Die Reichsregierung hat in einem umfangreichen Wirtschafts- und Finanzprogramm ihre Pläne für die Sanierung der Reichs-, Staats- und Kommunalfinanzen und für die Gesundung der Wirtschaft bekanntgegeben. Anzuerkennen ist, daß das Programm eine ganze Reihe Maßnahmen enthält, die sich zwangsläufig ergeben. Jede Regierung, mag sie zusammengefaßt sein wie sie will, wird in der heutigen Zeit nicht an der Durchführung unpopulärer Maßnahmen vorbeikommen. Wenn wir dieses auch anerkennen, so erscheint uns doch, als wenn bei dem vorgelegten Programm soziale Erwägungen zu wenig beachtet sind.

### Entlastung des Besitzes - Belastung der Arbeiterschaft!

Die ganze Tendenz der vorgeschlagenen Maßnahmen geht darauf hinaus, Handel, Industrie, überhaupt die ganze Wirtschaft und den Besitz zu entlasten. Auf der anderen Seite wird jedoch eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die sich als erneute schwere Belastung der deutschen Arbeiterschaft auswirken müssen. In der Einleitung der Erklärung heißt es u. a.: „Die Höhe der von Gehalt, Löhnen und Soziallasten bedingten Gesteungskosten“ stehe der notwendigen Preisherabsetzung für manche Bedarfsartikel entgegen. Und im Schlußsatz des Regierungsprogramms heißt es dann weiter: „Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiter wirken, zum Wohle des Ganzen.“

Zu dem vorgelegten Sanierungsprogramm haben einzelne Reichsminister Kommentare gegeben (siehe Rundfunkrede des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich vom 1. Oktober), worin darauf hingewiesen wird, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes herabgedrückt werden muß.

Teile des Unternehmertums und der ihnen nahestehenden Presse glauben diese Regierungsvorlage für ihre einseitigen Interessen auszunutzen zu können. Sie glauben, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo neben den sonstigen Belastungen, die der Arbeiterschaft zugemutet werden, auch die Löhne, wenn nicht überall, so doch in den verschiedensten Berufen, unter Umständen mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen, zurückgeschraubt werden sollen.

Schon schreibt zu diesem Kommentar die Deutsche Bank- und Diskontogesellschaft in ihrem neuesten Heft: „Das beherrschende Problem ist die Verbilligung der Gesteungskosten durch Senkung von Gehältern und Löhnen. Entweder durch Senkung des Nominallohnes bei gleichbleibender Arbeitszeit oder durch Aufrechterhaltung der Lohnhöhe und Verlängerung der Arbeitszeit.“ Die „Völkische Volkszeitung“ sekundiert (Nr. 542 v. 3. 10. 30):

„Abbau der Steuern und Abbau der sozialen Lasten sind unerläßliche Bedingungen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft.“ Auch die Rundgebung des Reichsoberhauptes der Deutschen Industrie zum Regierungsprogramm zeigt die gleiche Tendenz. Kernstück der Entschliebung ist bezeichnenderweise die Forderung nach einer „der Lage des jeweiligen Wirtschaftszweiges angepaßten Herabsetzung der Löhne“.

Gegen derartige Bestrebungen muß sich jedoch die Arbeiterschaft allen Ernstes zur Wehr setzen. Sie ist es doch gewesen, die durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die weitaus größten Opfer in dieser Wirtschaftskrise hat bringen müssen. Es muß zunächst einmal darauf hingewiesen werden, daß in den letzten Jahren wirkliche Lohnerhöhungen kaum noch erfolgt sind. Wo die tariflichen Löhne noch erhöht wurden, sind jedoch die Akkordlöhne fast nirgends, in der Textilindustrie fast restlos nicht mitgehört worden. Nach Erhebungen, die der christliche Textilarbeiterverband im vergangenen Herbst angestellt hat, ergab sich, daß in einer Reihe von Betrieben, trotz Erhöhung der Tariflöhne, die Akkordverdienste gleichgeblieben oder sogar noch heruntergesetzt waren. Dagegen haben Lohnkürzungen, insbesondere Kürzungen der tariflichen Akkordverdienste und der Akkordtariflöhne im letzten Jahre bereits in großem Umfange stattgefunden.

Bei einer Erhebung im Juli d. J. durch unseren Verband wurde festgestellt, daß von 176 Betrieben mit 75 147 Beschäftigten in 124 Betrieben für 15 423 Arbeiter Lohnkürzungen vorgenommen sind.

In einem Falle ging, allerdings bei Bedienung von mehr Maschinen, die Kürzung des Stücklohnes bis zu 50 Prozent. Seit dieser Zeit sind in einer Reihe von Betrieben weitere Akkordkürzungen erfolgt.

### Die Textilarbeiterlöhne

Das Einkommen der Arbeiterfamilien ist aber auch nicht so, daß hier noch gekürzt werden kann. In den meisten Fällen reicht der Lohn kaum noch zur Deckung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse. Jede weitere Schmälerung würde eine Gefährdung des Existenzminimums bedeuten. Dieses gilt insbesondere auch für die Textilarbeiter. Im April dieses Jahres betrug der Stundenlohn für einen gelernten Facharbeiter der höchsten Altersklasse, einschließlich Sozialzulage für Frau und zwei Kinder, nach Angaben des Statistischen Reichsamtes im Reichsdurchschnitt 79,2 Pfg., für Facharbeiterinnen derselben Altersklasse 58,0 Pfg., für männliche Hilfsarbeiter 66,5 Pfg. und für Hilfsarbeiterinnen 46,8 Pfg.

Diese Löhne reichen selbst bei voller 48stündiger Beschäftigung in der Woche nicht zum Lebensunterhalt aus. Berücksichtigt man nun noch, daß in der Textilindustrie seit Jahren stark verkürzt gearbeitet wird, und weiter, daß von die-

sen Löhnen schon jetzt bereits durchschnittlich über 10 Prozent für Steuern und soziale Beiträge in Abzug gebracht werden; dann kann man messen, welche geringe Beträge noch für die Arbeiterfamilien zum Lebensunterhalt übrig bleiben.

Bei einer Erhebung, die unser Verband im Auftrage des Internationalen Bundes der christlichen Textilarbeiterverbände im Herbst d. J. ausführte, ergab sich in den Baumwollwebereien eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 41 Stunden und 37 Minuten.

Das wöchentliche Bruttovorgelohn für Weber und Weberinnen, also für gelernte Facharbeiter, betrug durchschnittlich 31,76 M., an Abzügen für Steuern und Sozialversicherung entfielen durchschnittlich 10,2 Prozent, so daß ein Betrag von wöchentlich durchschnittlich 28,82 M. übrig blieb.

In den oben genannten Abzügen ist die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung von 4 1/2 auf 6 1/2 Prozent noch nicht berücksichtigt. In Zukunft müssen wir deshalb noch mit erhöhten Abzügen rechnen.

und das Existenzminimum

Stellen wir dem nun einmal gegenüber, daß bereits im Jahre 1907 das Statistische Reichsamt und das Reichsgesundheitsamt für eine fünfköpfige Familie (Mann, Frau und drei Kinder im Alter von 12, 7 und 1 1/2 Jahren) einen wöchentlichen Bedarf von 50,23 M. errechnet hat, dann kann man ermessen, wie heute viele Textilarbeiterfamilien leben müssen. Jeder objektive Urteilende wird mit uns der Ansicht sein, daß hier weitere Einschränkungen eine Unmöglichkeit sind. Auch die von der Regierung an-

gehindigten aber nicht wirksam gewordenen Maßnahmen zur Senkung der Preise werden sich im Arbeiterhaushalt nur wenig auswirken, da ja der größte Teil des Einkommens für Lebensmittel aufgewandt werden muß. Zudem enthält der Regierungsplan über Preisfenkung auch herzlich wenig.

Es ist nach dem oben Geschilderten verständlich, wenn sich die Arbeiterschaft, insbesondere die Textilarbeiter, gegen jede weitere Schmälerung ihres Reallohnes und ihrer Lebensmöglichkeit entschieden zur Wehr setzen. Sie hat, wie schon gesagt, in den vergangenen Jahren die Opfer der Wirtschaftskrise zu einem großen Teil getragen.

Die soziale Gerechtigkeit erfordert, daß man die Arbeiterschaft mit neuen Belastungen verschont. Dagegen kann mit Recht verlangt werden, daß diejenigen Kreise, die bisher von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise so gut wie verschont geblieben sind, jetzt einmal in stärkerem Ausmaße zu Opfern für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise herangezogen werden.

Es geht nicht an, daß die Arbeiterschaft allein oder in überwiegenderem Maße die Lasten der gegenwärtigen Notzeit tragen soll.

An die Regierung und an den Reichstag, insbesondere an die unserer Bewegung angehörenden Abgeordneten richten wir die dringende Bitte, bei der endgültigen Gestaltung des Wirtschafts- und Finanzprogramms doch auch die sozialen Gesichtspunkte mehr zu berücksichtigen, wie es in der Regierungsvorlage geschehen ist.

weitere „Reform“ angekündigt. Ueber der Kopfsteuern, die zu erheben den Gemeinden jetzt schon steht, ist das freie Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer vorgesehen. Gerade das letztere hat sich bereits in der Vorkriegszeit äußerst unzulässig ausgewirkt. Gemeinden mit viel Arbeiterbevölkerung sind dann gezwungen, hohe Zuschläge zu erheben, um ihre Wohlfahrtslasten tragen zu können. Dagegen werden Gemeinden mit weniger Arbeiterbevölkerung niedrige Zuschläge haben. Also eine durchaus ungleiche Steuer zu Ungunsten der Arbeiterschaft. Berücksichtigt man dann weiter all die vorgesehenen Maßnahmen zur Senkung der Besteuern, dann ist es wohl berechtigt, von einseitiger Belastung der Arbeiterschaft zu reden.

Soziale Reaktion!

Wie man sich in weiten Kreisen der Industrie die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik denkt, möge folgende Auslassung in einem Leitartikel der „Textil-Zeitung“ Nr. 234 vom 7. Oktober 1930 zeigen. Es heißt da an einer Stelle:

„Man muß offen reden in diesen Zeitläuften. Die politischen Vertreter der Arbeiterklasse haben den Bogen überspannt; sie sind in ihrem die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter verfolgenden Maßnahmen zu weit gegangen, und jetzt muß rückwärts revidiert werden, koste es, was es wolle.“

Weiter weist der Artikelschreiber auf die Belastung des deutschen Volkes durch den Friedensvertrag hin. Er sagt dann, daß diese Lasten so groß seien, daß sie eine Aufrechterhaltung des in der Vorkriegszeit vorhandenen deutschen Lebensniveaus nicht erlauben und von jedem Mann seine Herabsetzung verlangen. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Auch von der Arbeiterschaft, die die einzige Bevölkerungsklasse in Deutschland ist, die den Lebensstandard der Vorkriegszeit hat erhalten, zum Teil sogar noch hat erhöhen können.“

Klingt dies nicht geradezu wie ein Hohner angesichts der Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeiter? Würde nicht auch dem anonymen Artikelschreiber die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn er die wirklichen Verhältnisse mit seinen Behauptungen vergleicht?

Diese Ausführungen der „Textil-Zeitung“ sind durchaus keine vereinzelte Erscheinung. Die gesamte, der Arbeitgebererschaft nahestehende Presse vertritt dieselbe Auffassung, wenn auch nicht immer in dieser krassen Form.

Für die organisierte Arbeiterschaft ergibt sich aus dieser Situation die unbedingte Notwendigkeit der Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses. Besonders auch zahlenmäßige Stärkung unserer Bewegung. Gerade jetzt, wo von allen Seiten der Arbeiterschaft zugeht, muß sich ihre Kraft erweisen. In geschlossener Abwehr gilt es, zusammenzujucken.

Die beste Abwehr ist die Werbung neuer Mitglieder

Mögen sich deshalb überall in unserem weiten Verbandsgebiete opferbereite Kolleginnen und Kollegen finden, die freudig gemillt sind, in den kommenden Wochen und Monaten ihre Kraft in den Dienst der Sache zu stellen. Mögen ganz besonders auch unsere jugendlichen Mitglieder bei dieser Arbeit nicht zurückbleiben. Jugendlichere Unmündigkeit ist notwendig bei der Ueberwindung großer Schwierigkeiten. Was unser Verbandsrat in Dresden sich zum Ziele gesetzt hat — die weitere kraftvolle Stärkung unseres christlichen Textilarbeiterverbandes —, das soll uns bei der kommenden Arbeit Richtschnur sein. Je zäher die Gegner ihre Abbaupläne propagieren, um so intensiver muß unsere Arbeit an der Ausbreitung unserer Bewegung sein. Nur so ist es möglich, den Unsturm abzuwehren.

Deshalb mit vereinten Kräften an die Arbeit, es gilt, die Flut abzuwehren und Neuland zu gewinnen! R. W.

An die Arbeit! Gefahr im Verzuge!

Von jeher waren die langen Herbst- und Winterabende in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung Veranlassung zu intensiv gesteigerter gewerkschaftlicher Arbeit. Da galt es, das Verbandsleben wieder neu zu beleben, Arbeitszirkel und Kurse einzurichten und so die auf Bezirke- und Sekretariatskonferenzen gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Als vornehmste und wichtigste Tätigkeit der Herbst- und Wintermonate wurde immer die Werbearbeit angesehen. Nicht als ob in der anderen Zeit keine Werbearbeit betrieben wurde, aber, was in den Sommermonaten meist nicht möglich war, nämlich, die notwendigen Kräfte für eine umfassende Werbearbeit zu bekommen, das ist im Herbst und Winter eher zu erreichen.

Auch jetzt stehen wir wieder vor der Herbst- und Winterarbeit. Mancherorts mag man schon mit dieser Arbeit begonnen haben. Gerade in diesem Winter muß eine besonders rege Verbands- und Werbearbeit einsehen. War doch dieses Jahr wieder das Jahr unserer Verbandsgeneralversammlung. Vor etlichen Wochen tagte sie in Dresden. Bislang ging immer von unseren Verbandsorganen eine starke, werbende Kraft aus. Zwar wurde der Eindruck der Dresdener Tagung durch die politischen Ereignisse etwas zurückgedrängt, nachdem aber jetzt die politischen Leidenschaften abgeebbt sind, gilt es, im Geiste unserer Dresdener Tagung an die Arbeit zu gehen. Vor allem ist erforderlich, durch hingebende Werbearbeit die Reihen unserer Gefolgschaft zu stärken.

Wohl nie war diese Arbeit schwieriger, nie diese Arbeit aber auch notwendiger, als in der Gegenwart.

Was erschwert gegenwärtig die gewerkschaftliche Werbearbeit?

Gewiß zunächst die gedrückte Wirtschaftslage. Rund drei Millionen arbeitslose Menschen zählt die deutsche Wirtschaft. Millionen arbeiten außerdem veräuzert. Auch in unserer Textilindustrie sind Hunderttausende arbeits-

los oder leisten Kurzarbeit. Zweifellos kein günstiger Boden für Gewerkschaftsarbeit.

Aber noch mehr erschwert wird diese Arbeit durch die Müdigkeit und Gleichgültigkeit, die weite Arbeiterkreise — auch in unserer Industrie — erfaßt hat. Die langandauernde Krise, verbunden mit Lohnausfall und Not, hat die Menschen abgestumpft. Wenn wir früher schon um den einzelnen Arbeiter an der Maschine ringen mußten, so gilt dies heute in verstärktem Maße.

Und doch war wohl je die Stärkung unserer Bewegung notwendiger als heute, wohl je die Bildung einer geschlossenen Phalanx der Arbeiterschaft gegenüber den Mächten der sozialen Reaktion so dringender wie heute?

Wohin wir auch sehen, überall sind Kräfte am Werke, um unter Ausnutzung der augenblicklich schwachen Position der Arbeiterschaft dieser Stück um Stück ihre sozialen Errungenschaften aus den Händen zu winden. Gewiß, die Gewerkschaften werden unter Ausbütung ihrer ganzen Kraft diese Bestrebungen zu verhindern suchen. Aber wird es ihnen reiflos gelingen? Ist die Reaktion nicht schon bedenklich weit vorgestoßen? Erschallt nicht auf der ganzen Linie der Ruf nach Abbau der Löhne? Ist nicht die deutsche Sozialversicherung schon seit Jahren das Ziel leidenschaftlicher Angriffe? Und wer wolle behaupten, daß diese Angriffe reiflos abgefohlen wurden. Die Verschlechterungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung zeigen das Gegenteil.

Sehen wir uns

Das neue Regierungsprogramm

näher an, so gewahren wir, daß auch darin ganz bedenkliche Forderungen enthalten sind, die geeignet erscheinen, der Reaktion Vorschub zu leisten. Die Arbeitslosenversicherung, die bisher vom Reich bezuschlagt wurde, soll auf eigene Füße gestellt werden. Zu diesem Zwecke würde der Beitrag auf 6 1/2 Prozent erhöht. Damit dieser Beitrag die Versicherung trage, ist eine

Verstörte Seelen

Ein Pfarrer behandelt mit seinen Konfirmanden die Eschigpredigten. Da fällt ihm ein Knabe auf, der mit stillm Gesicht und hungrigen Augen seinen Ausführungen lauscht. Wie er über das Wort spricht: „Selig sind, die reinen Herzens sind“, da zuckt es um den Mund des Kleinen und große Tränen rollen herab.

Nach der Stunde fordert der Seeliger den so tief Bewegten auf, zurückzubleiben. Als die anderen Schüler des Klassenzimmers verlassen haben, fragt er ihn liebreich nach seinem Ergehen, wie er in der Schule vorwärts komme, und vergleicht. Auf alle Fragen antwortet der Junge erschredigt und klar so daß der Pfarrer glauben darf, mit Vertrauen die Ursachen des inneren Erlebens seines Konfirmanden erforschen zu dürfen. Aber alle Versuche scheitern an dem beharrlichen Schweigen eines verschlossenen Gemütes.

Als er nun aber ihn endlich fragt, warum er vorhin geweint habe, da neigt sich das Haupt des Knaben. Will zusammengekniffenen Lippen verschließt er sein Herz, und wenn er auch den verräterischen Tränen nicht wehren kann, kein Laut der Klage, kein Bekenntnis einer Verschlingung und kein Anvertrauen eines leidvollen Geheimnisses ringt sich aus der Seele zum Licht empor. Weder Milde noch Ernst bringen den Jungen zum Reden.

Da entschließt sich der Pfarrer, die Eltern des Kindes zu besuchen. Was findet er dort? Die äußerste Wohnungsnot.

Wo in einem einzigen Raum sich alles zutreibt, was in einer Ehe- und Familienleben sich abspielt, da ist es unmöglich, die Seelen der aufwachsenden Jugend rein zu erhalten. Wer ein Familienleben, das sich in einem einzigen Raum vollzieht, nicht selbst durchlebt und durchlitten hat, bedarf einer reichen Phantasie, um sich über solche Elend den Tatsachen entsprechende Vorstellungen machen zu können. Geboren werden und sterben spielt sich hier, wer weiß wie oft, zu gleicher Zeit ab. Gesunde Kinder und kranke Greise haufen zusammen im engen, einzigen Wohnraum. Alles, was unsere Jugend von Heimat und von Vaterland, was unser Volk von Jugendglück und Lebensfreude zu singen und zu sagen weiß, muß bei so elenden Wohnungsverhältnissen zur Lüge werden. Ach, da mühen sich die Pastoren und Stadtmissionare vergebens, in diesen Höhlen des Seelenmordes durch Trost und Tat, durch Zuspruch und Warnung Abhilfe zu schaffen. Auch die Bemühungen der Blaukreuzler und Weitzkreuzler müssen an solchen Stätten erfolglos sein.

Im Jahre 1916 wurden in Groß-Berlin 24 900 Wohnungen gezählt, die aus einem Raum bestanden, der nicht einmal heizbar

war, und 393 200 Wohnungen mit einem Raum, der heizbar war. Welch Elend liegt in diesen Zahlen! 1 500 000 Menschen mußten sich schon im Jahre 1916 mit solcher Wohnungen begnügen. Das waren 40 Prozent aller Einwohner Berlins.

Ist das Wort unseres großen Volkslehrers und Volks Erziehers Pestalozzi unverstanden verhallt: „Verdirb dem Vogel sein Nest und du hast dein Leben verdorben.“ Ist die Wohnung der Menschen im Verderben, so ist ihr Leben im Verderben. Ist die Wohnung eines Volkes im Verderben, so ist es nicht mehr Volk, es ist Gefindel, und zwar menschlicher Weise geredet unrettbares, verlorenes Gefindel!

Die schlechten Wohnverhältnisse sind Hauptursache der Verwahrlosung der Jugend. Wieviel Menschenglück ist durch sie vernichtet. Wie schrankenlos ist der Unfittlichkeit und dem Verbrechen Tor und Tür geöffnet!

„Selig sind, die reinen Herzens sind, denn sie werden Gott schauen.“ Legt dies Wort nicht allen, die mit Ernst Christen sein wollen, die heilige Verpflichtung auf, dafür zu sorgen, daß unserer Jugend die Reinheit des Leibes und der Seele ermöglicht ist? Ist unser Volk und Vaterland gezwungen, die Blüte unserer Jugend in elenden Mietskasernen verkümmern und verkommen zu lassen? Sind wir beim Anblick der Verlorenen und Verlassenen ungerührt des entscheidenden Richterspruches am jüngsten Tage: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan!“ Warum haben wir einerseits überfüllte Großstädte und andererseits verödete, verlassen Land?

Hoffen wir auf die Zeit, da der Handel mit Boden für ebenso verwerflich gehalten wird wie der Handel mit Menschen, denn durch ihn ist es möglich, die Menschen zu verelenden und zu verflauen. Albert Gollnick.

Textile Technik

Inhaltsverzeichnis der Lieferung 2 der Melkand-Textilberichte, Heidelberg.

Mechanisch-technischer Teil. Fänger: Die Karakulwolle und ihre Verwertung. — Oerte!: Ueber die Wirtschaftlichkeit der Geschwindigkeitsregelung bei Ringspinnmaschinen (Fortsetzung). — Wille: Das Spinnereistellen in der Baumwollspinnerei. — Bertram: Die Herstellung konisch gewebter Kravatteneinlagen u. dgl. — Fortschritte und Verbesserungen. — Weichschäfer: Galvanisiermaschine. — Funke: Baumusterung von Geweben. — Berger: Kunstseidenen Phantasien für Dekorationsstoffe.

— Tatischek: Beitrag zur Frage der Kunstseiden- spannschnitte. — Bemerkungen zu dem Aufsatz: „Welchen Anforderungen muß ein neuzeitlicher Automatenwebstuhl entsprechen?“

Textile Forschungsberichte. Paffe: Textiltechnische Fluoreszenzanalyse durch Kontaktphotographie (Fortsetzung und Schluß). — Böhringer: Ueber die mechanisch-technologische Beurteilung von Kunstseidenlichtern (Fortsetzung).

Chemisch-technischer Teil. Mark: Faserstruktur und Färbeporgänge. — Haller: Wollegenden. — Elöd: Bemerkungen zu vorstehenden „Wollegenden“ von Prof. Dr. Haller. — Blum: Chemische Wäsche im Betrieb der Textilfabriken. — Verein Deutscher Chemiker. — Hauptversammlung Frankfurt am Main 1930. — Lottermoser und Etti: Beitrag zur Kenntnis des sauren Charakters der Wolle und dessen Bedeutung für die Wollfärberei (Fortsetzung und Schluß). — Kaul: Breitmasch- und Trockenanlage für unbrennbare Lösungsmittel. — Reinking und Drießen: Die Bibliographie des Zeugdrucks von der Erfindung des Dampfdrucks bis zur Einführung der synthetischen Farbstoffe. — Müller und Krieg, Friedberg-Quets: Färberei-Bannen und -Bottiche im gegenwärtigen Fortschritt. Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Paul Gerber.

Weltzeitschriftenschau. Weltzeitschriften. — Neue Bücher. — Neue Farbstoffe. — Chemische Präparate und Musterkarten.

Technische Auskünfte. Fragen. — Antworten. — Gesuchte Bezugsquellen.

Neue Erfindungen. Patentliste. — Patentberichte. Betriebstechnik. Hentschel: Wie ziehe ich Vorteile aus der Normung? — Mitteilungen des Fachnormenausschusses für Textilmaschinen und Textilindustrie. — Müller: Tourenverluste und Kuppelkraft mechanischer Webereien (Fortsetzung und Schluß). — Rohmann: Zentralisierung und Neuorganisation einer Tuch-Großweberei in Theorie und Wirklichkeit. — Wollenberg: Die Bedeutung des Trägheitsgesetzes für die Textiltechnik.

Wirtschaftlicher Teil. Ruge: 75 Jahre Technik für Textilindustrie Kuttlingen 1855—1930. — Henri Silbermann 60 Jahre alt. — 100 Jahre R. B. De Giberische Stoomblekerij voochden de firma G. J. ten Cate u. Jonen in Eibergen (Holland). — Vereinsnachrichten. — 33. Stiftungsfest der Weichschäfer-Vereinigung „Textilia“ und des U.S. Verbandes der W.B. „Textilia“ Kreisfeld. — Bericht über die U.S.-Tagung des U.S.B. „Inctoria“ vom 13.—16. Juni 1930. — U.S. Verband des Vereins der Färbereischüler Kreisfeld. — Beilagen-Hinweise.

### Bezirkskonferenz des schlesischen Bezirks

Am Sonnabend, dem 27. September 1930, nachmittags 4 Uhr begannen im Saale des „Deutschen Kaisers“ in Reichenbach (Eulengebirge) die Beratungen unserer diesjährigen Bezirkskonferenz. Vor Beginn der Verhandlungen nahm Kollege Belda aus Neustadt (O.-S.) Gelegenheit, dem Bezirksleiter Jungnickel zu seinem zwei Tage vorher begangenen 50. Wiegenfeste namens der Mitglieder und Angestellten zu gratulieren. Er gedachte der langjährigen Zusammenarbeit, des erfolgreichen Wirkens des Geburtstagskinds. Ihm schloß sich als Vertreter des Hauptvorstandes Bezirksleiter Heeke aus Münster in Westfalen an, der die Grüße und Glückwünsche des Hauptvorstandes und Verbandsausschusses überbrachte und der Entwicklung des schlesischen Bezirks sowie der langjährigen Mitarbeit im Hauptvorstande gedachte. Mit dem Dank für die ihm zum Abrahamsfeste in so reichem Maße zugehenden Aufmerksamkeit verband Bezirksleiter, Kollege Jungnickel, den Dank für die jederzeit geleistete Unterstützung und Mitarbeit der Geschäftsführer und Vertrauensleute.

Der Vorsitzende des Arbeitsamtes Reichenbach, Herr Faust, als ein aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangener Freund unserer Sache, nahm darauf, vom Bezirksleiter begrüßt, das Wort, um unter Bezugnahme auf das schwere Problem der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosenversicherung einige Worte an die Konferenz zu richten.

Nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Der den Delegierten schriftlich vorliegende Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Juli 1928 bis 30. Juni 1930, ergänzt durch Ausführungen, gab ein anschauliches Bild von den Schwierigkeiten, mit denen die Textilarbeiterzeitung zu kämpfen hat, aber auch von der vielseitigen und erfolgreichen Arbeit, die geleistet wurde. Bemerkenswert ist, daß trotz der vielen Betriebsstilllegungen und -einschränkungen und der dadurch bedingten Entlassungen sowie trotz der außerordentlich großen Schwierigkeiten, die der Durchführung der Lohnsätze im Berichtsjahr in den Betrieben entgegengekehrt wurden, die Mitgliederzahl immer noch um einige Hundert gestiegen ist. Auch die finanzielle Entwicklung des Bezirks ist als eine gute zu bezeichnen. Große Summen sind für Unterstützungszwecke, ganz erhebliche Aufwendungen aber auch für Schulungs- und Bildungszwecke gemacht worden. Der Geschäftsbericht gedachte auch der von unserer Tageszeitung „Der Deutsche“ im vorigen Winter eingeleiteten Hilfsaktion für bedürftige Textilarbeiterfamilien. Mit dem Dank an die Zeitung und die Spender verband Bezirksleiter Jungnickel den dringenden Wunsch, daß noch viel mehr Mitglieder als bisher den „Deutschen“ als Aufklärungs- und Bildungsmittel beziehen möchten. Die Aussprache bewegte sich im allgemeinen in zustimmendem Sinne. Nach einem Vortrag des Kollegen Belda (Neustadt) über die Einführung und den Aufbau der Invalidenversicherung und dem Bericht des Kollegen Reineit (Landeshut) über die Erledigung der übrigen Anträge durch die Dresdener Verbandsgeneralversammlung wurde die Sonnabendtagung gegen 8 Uhr beendet.

Sonntag, den 28. September 1930, punkt 10 Uhr begann die Fortsetzung der Beratungen. Die Konferenz hörte zunächst einen Vortrag des Geschäftsführers Kiege (Landeshut) über die Winterarbeit und verpflichtete die Ortsgruppen durch eine einstimmig angenommene Entschließung, bis 10. Oktober d. J. einen Werbeplan aufzustellen. In einem Vortrag des Kollegen Kleinwächter (Langenbielau) wurden vielseitige Schulungs- und Bildungsmöglichkeiten aufgezeigt. Zusammenfassend fand über die beiden Vorträge eine längere Aussprache statt, an der sich eine ganze Anzahl Delegierte beteiligte. Der nächste Punkt „Wahlen“ fand in wenigen Minuten durch Wiederwahl des Bezirksleiters Jungnickel und des Bezirksbeirats seine Erledigung. Als Tagungsort der nächsten Konferenz wurde Schwidnitz bestimmt. Vorgebracht wurden über unrichtige Handhabung von Lohnsätzen Bestimmungen wurden dem Bezirksleiter und der Branchenkommission als Material überwiesen.

Hierauf hielt Bezirksleiter Heeke den Schlussvortrag über „Die allgemeine Lage“. In feinem mit großem Ernst und Nachdruck gemachten Ausführungen zeigte er den Entwicklungsgang unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage auf, die durch die letzten Wahlen noch komplizierter geworden ist. Er wies aber auch nach, wie diese Entwicklung schon seit Jahren von führenden Personen der christlichen Gewerkschaften vorausgesehen wurde. Redner ging im einzelnen auf das ein, was unverzüglich notiert, um den kommenden schweren Winter zu überwinden und eine Gesundung anzustreben. Der tiefe Eindruck, den dieser Vortrag machte, löste sich in langanhaltendem Beifall. Anknüpfend an die Feststellung des Vorredners, daß er von dem Verlauf der Konferenz einen guten Eindruck mit nach Hause nehme, betonte der Bezirksleiter, daß wir auch kommende schwere Zeiten überwinden werden, wenn uns trotz großer Nöte der Geist der Zuversicht und die innere Verbundenheit, wie er die Tagung beherrschte, erhalten bleibt. Mit einem dreifachen „Hoch“ auf den Zentralverband wurde gegen 2 Uhr die Delegiertentagung geschlossen.

### Konferenz der Geschäftsstelle für das Eichsfeld.

Eine solche fand am 21. September in Peinefeld statt. Mit Ausnahme von zwei kleineren Ortsgruppen hatten alle anderen ihre Vertreter zu der Konferenz entsandt. Vom Hauptvorstand nahm Kollege Müller (Düsseldorf) daran teil.

Aus dem Bericht des Geschäftsführers, Kollegen Frankeberg, war zu entnehmen, daß die Mitglieder des Eichsfeldes besonders schwer von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden. Ende August waren 41 Prozent arbeitslos und weitere 41 Prozent mit Kurzarbeit beschäftigt. Die größere Mehrzahl der Kurzarbeiter arbeitete nur 24 Stunden wöchentlich. In den Strickerbetrieben des Eichsfeldes macht sich neuerdings eine Besserung bemerkbar. Im Gegensatz hierzu wurden in den letzten Wochen wieder zwei größere mechanische Webereien fast gänzlich stillgelegt. Die früher so blühende Hauswebereiindustrie des Eichsfeldes wird anscheinend bald der Vergangenheit angehören.

# Siebente Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene, welche sich zur Aufgabe gestellt hat, die aus der Arbeit sich ergebenden Unfallgefahren und Gesundheitschädigungen auf wissenschaftlicher Grundlage zu erforschen und Mittel und Wege zu ihrer Abstellung oder doch wenigstens Minderung dieser Gefahren und Schädigungen anzustreben, hielt in den Tagen vom 22. bis 24. September 1930 in Breslau ihre siebente Jahreshauptversammlung ab. Sie war aus allen Teilen des Reiches gut besetzt. Als Vertreter unseres Verbandes nahm Kollege Jungnickel aus Piesitz an den Beratungen teil. Am ersten Tage nachmittags 4 Uhr fand in der Aula Leopoldina der Friedrich-Wilhelm-Universität ein Festakt statt, bei dem nach einleitenden Musikstücken und Ansprachen die Verleihung der Arthur-von-Weinberg-Medaille an sechs Mitglieder der Gesellschaft für besondere Verdienste um die Gewerbehygiene, darunter an den Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Geib, vorgenommen wurde.

Die eigentlichen Verhandlungen hatten bereits vormittags mit einer Sitzung des Technischen Ausschusses begonnen, zu der besondere Einladungen ergangen waren. Aus den Beratungen dieses Ausschusses interessierten uns vor allem diejenigen über

### „Technische Maßnahmen zur Vermeidung des Schiffchenküssens in der Textilindustrie“.

Ziel der Bestrebungen auf diesem Gebiete ist, eine Schiffchenkonstruktion zu schaffen, bei deren Verwendung das unhygienische, zum Teil gesundheitschädliche Schiffchen vollständig ausgeschaltet wird. Ueber die Arbeiten der sich mit dieser Frage beschäftigenden Kommission, der von unserem Verbandskollegen Fritz Meißner aus Düsseldorf angehört, berichtete Ministerialrat Rebe, München. Die Kommission hatte sich zunächst einmal grundsätzlich darüber zu einigen, wie und wo die Untersuchungen einzusetzen haben. Sodann waren die Grundsätze festzustellen, wonach eine Konstruktion als Gesundheitschaden zu bezeichnen wäre. Es verging eine längere Zeit mit Untersuchungen. Endlich konnten die praktischen Maßnahmen in Angriff genommen werden. Es gibt eine große Anzahl von Schiffchen, die als Gesundheitschaden bezeichnet werden. Als solche dürfen sie nicht nur das Schiffchenküssen unmöglich machen, sondern müssen auch den technischen Anforderungen des Produktionsprozesses voll und ganz genügen. Ungefähr 20-30 Konstruktionen sind ausgewählt worden zur praktischen Erprobung. Die Untersuchungen werden sich noch längere Zeit hinziehen. Das liegt daran, daß die ausgewählten Konstruktionen in einer ganzen Reihe von Betrieben in den verschiedenen Teilen des Reiches ausprobiert werden. Außerdem muß damit gerechnet werden, daß sich etwaige Mängel an diesen Neukonstruktionen oft erst nach einem längeren Zeitraum bemerkbar machen. Die Kommission hat sich daher darum bemüht, die Gewerbeinspektion in die Zusammenarbeit der Kommission mit den Betrieben einzuschalten. Die Kommission hofft, der nächsten Jahreshauptversammlung über die gemachten Erfahrungen berichten zu können.

Die im vergangenen Herbst und Winter durchgeführte Agitation brachte einen erfreulichen Mitgliederzuwachs. Sechs neue Ortsgruppen konnten gegründet werden und 396 Mitglieder wurden neugewonnen. Durch Stilllegung verschiedener Betriebe ging leider ein Teil des Erfolges wieder verloren.

In der Beitragsfrage ist eine fortschreitende Aufwärtsentwicklung festzustellen. Der Durchschnittsmarktwert ist im Berichtsjahr erheblich gestiegen. Aus der niedrigsten Beitragsklasse konnten 60 Prozent der Mitglieder in höhere Beitragsklassen überführt werden.

Bezirksleiter Kollege Lenzing gab einen allgemeinen Überblick über den Stand des Hannoverischen Verbandsbezirks. Hiernach ist in den meisten Textiltorten die Arbeitslosigkeit vorherrschend. Im Laufe der letzten Zeit wurden verschiedene größere Betriebe stillgelegt, von denen einige jedenfalls nie wieder geöffnet werden. Die von den Unternehmern angestrebten Lohnkürzungen konnten fast reiflos abgewehrt werden. Der Verband hat somit den Beweis erbracht, daß er auch in Zeiten schlechter Geschäftslage für seine Mitglieder Hilfe und Stütze bedeutet.

An der regen Aussprache über die beiden Vorträge beteiligten sich in hervorragendem Maße aus der Jugendbewegung hervorgegangene Kollegen. Sie bekundeten den festen Willen, sich auch weiterhin tatkräftig im Dienst unseres Verbandes zu betätigen.

Kollege Müller (Düsseldorf) berichtete über die Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung, besonders über die neueingeführte Invalidenunterstützung. Zu zwei wichtigen Fragen hatte die Verbandsgeneralversammlung Stellung zu nehmen:

1. Zum Problem der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit und
2. wie soll den invalid gewordenen Kolleginnen und Kollegen des Verbandes geholfen werden?

Nach den Darlegungen des Kollegen Müller haben verschiedene der anwesenden Delegierten ihre Meinung über die Verbandsinvalidenunterstützung geäußert. Alle Anwesenden waren sich einig darüber, daß im Hinblick auf die ideellen und materiellen Vorteile der Unterstützung die kleine Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Woche freudig von allen Mitgliedern getragen wird.

In den Geschäftsstellenbeirat wurden die Kollegen Marx (Seyrode), Montag (Helmsdorf), Schlichting (Bernrode), Nachtweg (Dingelstädt) und die Kollegin Kaufhold (Wirkungen) gewählt.

In seinem Schlusswort konnte Kollege Lenzing darauf hinweisen, daß die Arbeit des christlichen Textilarbeiterverbandes auf dem Eichsfelde immer mehr Anerkennung finde. Seine Schlußausführungen gipfelten in der Mahnung, gerade in der jetzigen Zeit mit größter Intensität an der Ausbreitung des Verbandes und der inneren Festigung sich zu betätigen.

Die weiteren Vorträge behandelten die Themen: „Arbeit und Wohnung“, „Hygiene im Büro und in kaufmännischen Betrieben“ und „Kurze Berichte über neuere wichtige Beobachtungen und Originalarbeiten auf dem Gebiete der Gewerbehygiene“.

Anschließend an die Jahreshauptversammlung veranstaltete die Gesellschaft für Gewerbehygiene noch einen „Gewerbehygienischen Vortragskurs“. Dieser Kursus war für alle Kreise der Behörden, der Wissenschaft, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmt, die sich wissenschaftlich oder praktisch mit dem

### Fragen der Gewerbehygiene und Unfallverhütung

befassten. Der Referent, Regierungsrat a. D. Dr. Eibel, Mannheim, schickte wohlweislich voraus, daß es nahe liegt, bei diesem Thema auch den Arbeitsschutz nach der sozialen Seite in Beziehung zur Rationalisierung zu setzen. Dies sei jedoch nicht seine Aufgabe. Mit Rücksicht auf die Zwecksetzung der Gesellschaft für Gewerbehygiene sei es vielmehr seine Aufgabe, die Auswirkungen der Rationalisierung in bezug auf Unfall- und Gesundheitschutz zu behandeln. Im voraus bemerkte der Redner, daß neben manchen Vorteilen die Rationalisierung auch Nachteile gebracht habe. Er unterschied dabei vier Arten der Rationalisierung. Zunächst die wirtschaftsorganisatorische, wie sie besonders in der Vereinfachung und Aufteilung des Arbeitsganges (laufendes Band) in Erscheinung tritt. Sie bringe den Arbeitern mit der Arbeitsvereinfachung und der großen Geschwindigkeit für einzelne Handgriffe Vorteile, die in geringerer Unfallgefahr liegen. Die Grenze der Unfallverhütung und Arbeitsvereinfachung durch Rationalisierung (Arbeitsteilung), liege dort, wo die Monotonie einsetzt. An zweiter Stelle nannte er die berufsorganisatorische Rationalisierung 1. durch psychotechnische Auslese und 2. durch Regelung des Arbeitsmarktes. Wie durch die psychotechnische Prüfung müsse auch durch die Arbeitsvermittlungsstellen der richtige Mann an die richtige Stelle gebracht werden. Eine solche Rationalisierung wirke sich nur günstig aus in bezug auf Unfallverminderung.

Drittens behandelte der Redner das Thema unter dem Gesichtspunkte der betriebsorganisatorischen Rationalisierung (Lage, Größe des Betriebes usw.), wobei er erwähnte, daß die Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle in den letzten Jahren wesentlich gestiegen seien.

Zuletzt kam der Redner auf die technische Rationalisierung zu sprechen. Er vertrat den Standpunkt, daß, je mehr die Arbeit von der Maschine übernommen wird, je rationaler die Anlage hinsichtlich des Arbeitsganges ist, desto günstiger sei es mit der Unfallgefahr bestellt. Die Darlegungen wurden dann noch durch Statistiker erläutert. Zusammenfassend meinte der Redner in seinem Schlusswort, daß sich die Rationalisierung hinsichtlich der Unfallgefahr in der Hauptsache günstig ausgewirkt habe.

Es ist durchaus zu begrüßen, wenn die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene des Ergebnisses ihrer Untersuchungen auf diese Weise einem größeren Personenkreis zugänglich macht.

### Milderungen der Notverordnung für erkrankte Kriegsbeschädigte.

Vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener e. V., Berlin NO. 18, wird uns mitgeteilt:

Durch die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 sind auch die Vorschriften der Reichsversicherungsgesetzgebung wesentlich geändert worden. Insbesondere ist nach den neuen Bestimmungen für die Lösung eines Krankenscheines eine Gebühr von 50 Reichspfennigen zu entrichten. Gleichfalls ist für jede ärztliche Verordnung ein Betrag von 50 Reichspfennigen zu zahlen. Da für im Kriege erworbene sogenannte Versorgungsleiden grundsätzlich ein Rechtsanspruch auf freie Heilbehandlung gegenüber dem Reiche gefordert werden muß, enthalten die neuen Bestimmungen eine große Härte für die eine Heilbehandlung bedürftigen Kriegsbeschädigten. Insbesondere belastet sie die Gebühr für ärztliche Verordnungen nicht unerheblich, weil im Laufe einer längeren Behandlung eines Versorgungsleidens im Regelfalle zahlreiche ärztliche Verordnungen erforderlich werden. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener hat wiederholt auf diese Härte und die hierdurch hervorgerufene Beunruhigung der erkrankten Kriegsbeschädigten hingewiesen. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, sind nun an zuständiger Stelle Milderungen dieser Bestimmungen in Aussicht genommen. Mit dem Erlaß einer neuen Verordnung ist alsbald zu rechnen.

### Allgemeine Rundschau

#### Wieviel Frauen zählt der neue Reichstag?

Auch die Frauen rücken verstärkt in den neuen Reichstag ein. Während sie bisher 34 Sitze innehatten, sind es nunmehr 39. Keine Frauen haben die Nationalsozialisten und die Wirtschaftspartei. Je eine Frau zählen die Christlich-Sozialen (von 14 Abgeordneten, das sind 7 v. H.), die Bayerische Volkspartei (von 19 Abgeordneten, das sind 5 v. H.), die Staatspartei (von 20 Abgeordneten, das sind 5 v. H.), sowie die Deutsche Volkspartei (von 30 Abgeordneten, das sind 3 v. H.). 2 Frauen zählt die Deutschnationale Volkspartei (von 41 Abgeordneten, das sind 5 v. H.), 4 Frauen die Zentrumspartei (von 68 Abgeordneten, das sind 6 v. H.), 13 Frauen die Kommunisten (von 77 Abgeordneten, das sind 17 v. H.), 16 Frauen die Sozialdemokraten (von 148 Abgeordneten, das sind 11 v. H.). Prozentual am besten schneiden also ab die Kommunisten mit 17 v. H. Frauen, dann folgen die Sozialdemokraten mit 11 v. H. Frauen, die Christlich-Sozialen mit 7 v. H., das Zentrum mit 6 v. H., die Staatspartei, die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen mit je 5 v. H., die Deutsche Volkspartei mit 3 v. H.

